



KENNEN SIE DEN BUNKER?

Flyer zur unmenschlichen Situation im Urdorfer Nothilfe-Lager

Am Rand der Gemeinde Urdorf, direkt unter der Autobahn, befindet sich eine der vier Notunterkünfte (NUK) des Kantons Zürich. Es handelt sich dabei um den einzigen unterirdischen Zivilschutzbunker des Kantons, der zu diesem Zweck verwendet wird. **Ungefähr 50 Personen sind in diesem Lager untergebracht.** Es sind zumeist Menschen, deren Asylgesuch in der Schweiz abgelehnt wurde, die aber das Land aus sehr unterschiedlichen Gründen nicht verlassen.

Gegen viele von ihnen wurde eine Eingrenzung auf das Gemeindegebiet Urdorf verfügt. **Das bedeutet, dass sie die Gemeinde nicht verlassen dürfen – ansonsten können sie mit bis zu drei Jahren Haft bestraft werden.** Auch sonst stehen die Menschen der NUK Urdorf unter sehr grossem Druck. Sie müssen von 8.50 Franken am Tag leben. Das ist das gesetzlich geregelte Mass für Nothilfe – ein Betrag, der für kurzfristige Notsituationen gedacht wäre und der bedingungslos ausgezahlt werden müsste.

Die Menschen, die im Bunker in Urdorf leben, müssen jedoch zweimal täglich innert kurzen Zeitrahmen

unterschreiben, ansonsten wird ihnen das Recht auf diesen Minimalbeitrag von 8.50 Franken gestrichen.

Durch den negativen Asylentscheid, den sie erhalten haben, gelten sie in der Schweiz als «illegal». Das bedeutet, dass sie jederzeit zu einer Gefängnisstrafe verurteilt werden können, obwohl ihr einziges «Verbrechen» darin besteht, sich weiterhin im Land aufzuhalten. **Mehrmals pro Woche verhaftet die Polizei Personen im Lager.** Alle leben unter permanenter Angst, dass es sie als nächstes treffen könnte.

Was für viele als legitime politische Position gilt, ist für uns ein Skandal!

Wer schon einmal in einem Bunker war, weiss, dass es sich dort nicht lange leben lässt: miserable Luft, kein Sonnenlicht, kein Handyempfang. **Was als temporäre und provisorische Unterbringung in Not-situationen gedacht wäre, ist für die 50 betroffenen Personen jedoch oft über Jahre hinweg Alltag.** Sie teilen sich insgesamt sechs Schlafräume, einen Aufenthaltsraum, eine kleine Küche sowie je drei Toiletten und drei Duschen. Der Bunker ist immer wieder von Bettwanzen befallen.

Privatsphäre gäbe es auch ohne die Kameras nicht, die wie wachende Augen ständig die Räume kontrollieren.

Die psychische Belastung für die dort registrierten Menschen ist enorm – viele leiden unter massiven psychischen Problemen wie Depressionen, Posttraumatische

Verantwortlich für die repressive Politik ist hauptsächlich Sicherheitsdirektor Mario Fehr (SP). Im Vergleich zu anderen Kantonen in der Schweiz wendet er das Ausländergesetz ausserordentlich restriktiv an. Unter dem Leitmotiv, «nur das Gesetz zu befolgen», entrechtet er systematisch Menschen und ist für ihr Leid verantwortlich.

«Die müssen die Schweiz doch verlassen!»

Es gibt viele Gründe, warum Personen die Schweiz trotz Negativentscheid nicht verlassen. Eine Ausschaffung ist oft nicht möglich, weil mit ihrem Herkunftsland kein Rücknahmeabkommen besteht. Die Rückkehr «freiwillig» anzutreten ist dennoch meist keine Option. Die Personen, die im Urdorfer Lager untergebracht sind, haben berechtigte Ängste um ihr Leben, falls sie zurückkehren würden – sei es aufgrund von familiären Konflikten, weil ihnen Gefängnis und Folter droht, oder weil sie einer ethnischen Minderheit oder einer oppositionellen Partei angehören. Es ist Augenwischerei zu meinen, ein negativer Asylentscheid sei ein hinreichender Beweis für die Sicherheit der Personen in ihrem Herkunftsland. Allein die Tatsache, dass viele trotz ihrer ungeheuren Lebensbedingungen in Urdorf nicht ausreisen, beweist, wie gewichtig ihre Gründe sind.

Belastungsstörungen und Schlafstörungen. Gleichzeitig ist ihre medizinische Versorgung auf ein Minimum beschränkt. Psychotherapie gibt es nur in Ausnahmen.

Betrieben wird der Bunker in Urdorf von der privaten Firma ORS Service AG. Im grossen Stil verwaltet sie Asylunterkünfte, wird staatlich – also von Steuergeldern – finanziert und versucht dabei, möglichst viel Profit einzustreichen.

Es ist das erklärte politische Ziel, die Menschen zu zermürben, sodass sie das Feld räumen, die Schweiz verlassen oder untertauchen. Was für viele als legitime politische Position gilt, ist für uns ein Skandal. Der Umgang mit illegalisierten Personen, wie er in Urdorf geschieht, reiht sich ein in eine politische Linie systematischer Entrechtung, die wir nicht unterstützen können. **Sie geht uns alle etwas an.**

Was tun!

Nehmen Sie Kontakt zur Aktionsgruppe Bunker Urdorf des Bündnisses «Wo Unrecht zu Recht wird» auf! Finden Sie heraus, wie Sie sich in die Aktionen gegen die Lagerpolitik einbringen können.

Springen Sie über Ihren Schatten! Gehen Sie die Menschen, die im Lager leben müssen, besuchen und hören Sie ihnen zu. Es ist viel wert!

Führen Sie mit Menschen in Ihrer Umgebung Gespräche über die Situation in den Notunterkünften – je mehr Menschen davon wissen, desto mehr brechen wir das Schweigen darüber.

Schreiben Sie Politiker*innen und Behörden, dass Sie mit der Situation nicht einverstanden sind. Organisieren Sie sich mit Freund*innen und Bekannten – als Bürger*innen haben Sie das Recht, sich einzumischen!

Aktuelle Informationen werden auf der folgenden Internetseite publiziert: www.wo-unrecht-zu-recht-wird.ch

Kontakt: aktionurdorf@wo-unrecht-zu-recht-wird.ch